

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 8

Artikel: Parteien in der Sowjetunion
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092967>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Bericht aus «Neues Deutschland», Ost-Berlin

Parteien in der Sowjetunion

In der letzten Nummer haben wir im Beitrag über «Die Umgestaltung der Perestrojka» darauf hingewiesen, wie in der Sowjetunion die politischen Parteien erst entstanden und dann gewährt wurden. Der nunmehr legalisierte Formierungsprozess nähert sich allmählich Mustern an, die ein «normales» Mehrparteiensystem auch anderswo kennzeichnen.

Darüber bringen wir heute einen Bericht von Klaus Joachim Herrmann. Er ist Moskauer Korrespondent von «Neues Deutschland», dem Zentralorgan der PDS (früher SED) in der DDR; indessen hat diese heutige «sozialistische Tageszeitung» mit dem früheren ND kaum mehr etwas gemein. Der Bericht erschien am 4. April.

Die Demokraten in der UdSSR machen mobil. Sie gründen, assoziieren, fusionieren. Der Vielfalt der Inhalte entspricht die Vielzahl der Formen – Fronten, Bewegungen, Vereinigungen, Klubs und nunmehr auch Parteien. Die sind sozialdemokratisch, christlich, liberal, national oder historisch orientiert. In bislang ungekanntem Masse zeugen sie von den – zum Teil sicher auch überraschenden – Wirkungen der Perestrojka. Mit allen Blüten und Dornen wächst die widerborstige Pflanze des oft beschworenen «sozialistischen Pluralismus».

Sichtbar tätig sind vor allem die Volksfronten und -bewegungen. Derer werden im Lande derzeit weit über 100 gezählt. Sie vereinen die Bürger im Streben nach radikaler

Umgestaltung, einem demokratischen Rechtsstaat und einer lang ersehnten Verbesserung der Lebensqualität. Und sie profilieren sich als Verfechter einer Souveränität innerhalb und jüngst vornehmlich ausserhalb der UdSSR. Dafür stehen die litauische «Sajudis» oder die Nationale Front Estlands als Beispiel. Derartige nationaldemokratische Volksbewegungen haben sich inzwischen nahezu überall zwischen Burjatien und Moldawien etabliert. Ihr Widerpart in gewissem Sinne sind die «Interfronten» der vornehmlich russischsprachigen Bewohner solcher nach Selbständigkeit strebenden Republiken.

Das lange Sträuben der KPdSU gegen ein Mehrparteiensystem wich wahrlich in letzter Minute besserer Einsicht. Wäre die «Freigabe» nicht gekommen, hätte wohl mit ernstlichen gesellschaftlichen Verwerfungen gerechnet werden müssen. Nun ist die ungeliebte Kurve genommen. Die führende Rolle der KPdSU verschwand aus der Verfassung, ein Parteiengesetz ist jedoch erst in Vorbereitung.

Für einige Parteien kommt es reichlich spät. Denn es gibt sie ja schon, oder sie entstehen just. Wie die Sozialdemokraten. Die bildeten

aus den Parteien Georgiens, Lettlands, Litauens und Estlands bereits im Januar 1990 eine Assoziation. Der Gründungskongress in der Russischen Föderation wird für Mai/Juni erwartet. Spätestens dann erwächst eine weitere einflussreiche politische Kraft. Bereits jetzt hat sie mit 72 Deputierten im Obersten Sowjet Sitz und Stimme. Auch in der KPdSU selbst: Rund 60 000 Mitglieder aus mehr als 100 Klubs zählen sich zu einer sozialdemokratisch orientierten Plattform.

Noch nicht als Partei, doch als Vereinigung von Christen aller Konfessionen zieht die Christlich-Demokratische Union nach. Im Augenblick scheinen derart religiös-politische Gruppierungen zwar weniger bedeutend, doch kann sich dies rasch ändern. Vor allem in der Ukraine und in Litauen. Schliesslich kann man sich auf die Traditionen der Petrograder Christlich-Demokratischen Partei des März 1919 berufen.

Die Liberal-Demokraten haben ebenfalls ihre Vorreiter. 215 Delegierte aus gut einem halben Dutzend Republiken sprachen sich gerade am Wochenende namens ihrer derzeit etwa 3000 Mitglieder zählenden Organisationen für die Gründung einer Partei aus. Nun haben sie den Vorsitzenden Schirinski, ein zwölfköpfiges ZK sowie Programm und Statut.

Die Bauern beginnen sich zunächst vornehmlich in der Ukraine als Bäuerlich-Demokratische Partei und die Umweltschützer insbesondere in Litauen und Leningrad als «Grüne Partei» zu formieren. Das alles – wohl gemerkt – ohne Parteiengesetz und folglich illegal. Doch aufzuhalten ist es kaum. Denn es basiert auf einem vielfarbigem Spektrum. Da sind Tausende nichtformeller Vereinigungen, Wählervereinigungen und Arbeiterklubs, da sind Monarchisten

Unsere periodische Zeitbild-Rubrik

Reformen in der Sowjetunion

Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
	am Total der Reformen	
im Monat März allein	83 %	17 %
seit Beginn der Analyse	79 %	21 %

– Im Vergleich zum Februar dieses Jahres haben die Rückschritte bei den Reformen im März prozentual wie absolut merklich zugenommen (18 registrierte Massnahmen im März gegenüber deren 7 im Februar).

– Der Grund für die Zunahme der Rückschritte ist mehrheitlich den Reaktionen Moskaus auf die Souveränitätserklärungen des litauischen (aber auch schon des estnischen) Parlaments zuzuschreiben.

– Stark zugenommen haben andererseits auch die fortschrittlichen Reformen, dies besonders auf dem Gebiet der Demokratisierung im Bereich der Machtstrukturen. Hiezu beigetragen haben unter anderem die Siege demokratischer Kräfte in Kommunal- und Republikwahlen, die Duldung von Selbständigkeitsbestrebungen von Republiken sowie die parlamentarische Verabschiedung liberalisierender Gesetze auf Stufe Union, zum Beispiel betreffs privaten Eigentums.

Zusammenstellung: Harald de Courten

In dieser Nummer

Unabhängigkeit für Litauen 4	Ja, aber wie und wann?
Aufbruch im Osten und Christen im Westen 7	Erdstösse und Denkanstösse
Ende in Sicht 8	Der Krieg in Angola.
Konvulsionen in Vietnam 10	Die Dominosteine der Perestrojka
Kriegswolken über Nahost 11	Irak wird giftgefährlich
Der Freundschaftsvertrag dazu 12	Hitler-Stalin-Pakt und CH-Kommunisten 1939

DER FISCHER WELT ALMANACH SONDERBAND DDR

Chronik, Namen, Parteien,
Wahlergebnisse, Perspektiven

Ex. Fischer Weltalmanach,
Sonderband DDR, 384 S., Fr. 6.80
Fischer, 1990.

Einsenden an
Buchhandlung SOI
Postfach
3000 Bern 6

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Unterschrift: _____

DER BUCHTIP

Sonderband DDR

Der Fischer Weltalmanach, Sonderband DDR, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, April 1990, 384 Seiten, Fr. 6.80

Dieser Band verzeichnet die historischen Ereignisse in der DDR vom 1. September 1989 bis zum 18. März 1990, dem Tag, an dem in diesem Staat die ersten freien Wahlen stattfanden. Er ist somit als Ergänzung zum Fischer Weltalmanach 1990 zu verstehen, bei dessen Redaktionsschluss am 1. September 1989 die rasante Entwicklung in der DDR noch nicht vorauszusehen war.

In äusserst kurzer Frist (bis zum 18. März nachgeführt und in den ersten Apriltagen tatsächlich beim Leser) und dennoch in seinen zahlreichen Einzelheiten unzweifelhaft fundiert, bietet dieser Band einen umfassen-

den Überblick über die faszinierende Startphase des geschichtlich einzigartigen Vorgangs der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Aufschlussreich sind vor allem die beiden einleitenden Essays, die sich mit den Ursachen und den Konsequenzen der deutschen «friedlichen Revolution» sowie mit den Zukunftsaussichten der DDR in drei Szenarien befassen. Sehr detailliert folgen dann die Zeittafeln von 1945 bis 1989, die Chroniken des Mauerbaus und der Flüchtlingsbewegungen, die dramatischen Ereignisse in der DDR vom 1. September 1989 bis zum 18. März 1990, ferner der Wahlausgang selbst, dann Kurzbiographien, die wichtigsten Parteien, Wahlbündnisse und politischen Gruppierungen mit ihren Programmen und abschliessend in dokumentarischer Form noch Reden und Stellungnahmen von ostdeutschen und westdeutschen Persönlichkeiten.

Zusammengefasst: ein wohlgelungenes, umfassendes Werk von hochgradiger Aktualität. J. M.

und russische Traditionalisten, konstitutionelle Demokraten (Kadetten) und Anarcho-Syndikalisten. Da sind die Gesellschaft «Memorial», die dem Andenken an die Opfer Stalinscher Repression verpflichtet ist, und auch die eher nationalistisch-rechts angesiedelte Bewegung «Pamjat».

Hinzu kommt «Schild» für die Absicherung der sozialen Interessen früherer Militärs, hinzu kommen fast 3000 Vereinigungen mit der für das Sowjetland eher bescheidenen Mitgliederzahl von insgesamt zwei bis zweieinhalb Millionen.

Die Zersplitterung ist unübersehbar. Um so mehr, wenn man – wie nicht selten offen erklärt – gegen den immer noch beeindruckenden Block der Millionenpartei KPdSU anzutreten gewillt ist. So scheint der Zusammenschluss – mit allem obligatorischen Hin und Her – fast zwangsläufig. Die Entstehung von Parteien wird den Willen zur Veränderung kanalisieren. Was sicher weithin von Interesse ist: Die sich nun formierenden Parteien lassen sich bei aller gebotenen Vorsicht und Berücksichtigung ihrer Spezifik bereits jetzt einordnen in andersorts bestehende Schemata. ■

LIEBE LESER

1989 habe die Entscheidung für Osteuropa gebracht, schrieben wir in der ersten Nummer dieses Jahres und fragten, ob 1990 die Entscheidung für die UdSSR bringen werde. Es sehe dort nach Beschleunigung aus – in alle möglichen Richtungen.

Ob schon dieses Jahr so entscheidend sein kann, bleibt offen, aber die Beschleunigung ohne Einheitlichkeit ist richtig eingetreten. Die Krise nach der litauischen Austrittserklärung ist mit ihren Weiterbildungsmöglichkeiten nicht beigelegt. Der Oberste Sowjet wollte sie mit einem «Sezessionsgesetz» lösen oder doch verschieben. Nun erweist es sich, dass das Gesetz seinen Namen zu Unrecht trägt. Seine Bestimmungen sind darauf angelegt, die Sezession von Sowjetrepubliken zu verhindern; wir werden später detailliert darauf eingehen.

Nun ist es eine alte Sowjetpraxis, Rechte zu gewähren und gleichzeitig ihre Beanspruchung zu verunmöglichen, und Rückfälle in die Vorperestrojka-Sitten hat es schon manche gegeben, ohne dass der Gesamtverlauf der Bewegung deswegen in Frage gestellt worden wäre. Aber hier stellt sich die Frage der Zumutbarkeit. Man hatte den Litauern (und ihren potentiellen Nachahmern) erklärt, es gebe eine Alternative zu ihrem einseitigen und vorzeitigen Austrittsbeschluss: die geregelte Erlangung der Unabhängigkeit in ihrer Zeit dank einer entsprechenden gesamtsowjetischen Gesetzgebung. Diese Aussicht ist verbaut, eine bittere Erkenntnis speziell für die Balten, welche die Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte auf demokratische und gewaltlose Weise betrieben hatten.

Andererseits: Der Erlass eines tatsächlich funktionierenden Sezessionsverfahrens hätte unweigerlich zur Kraftprobe mit den Unionsbewahrern (häufig identisch mit den Systembewahrern) und den Russlanderneuern geführt, wiederum mit unabsehbaren Folgen. Die Hüter der Parteisuprematie sind ohnehin in Notwehrstimmung. Das ZK hat einen Offenen Brief an die Kommunisten des Landes geschrieben mit der Aufforderung, dringend etwas gegen die Kräfte zu unternehmen, welche innerhalb der Partei fraktionsbildend und spalterisch tätig seien. Ordnungsrufe häufen sich, und die Anfechtungen bleiben.

Die Perestrojka wurde von ihren Befürwortern zu Recht eine Revolution genannt. Aber sie kann durchaus zu einer Revolution anderer Art führen, wenn sie steckenbleibt.

Christian Brügger